

# Kinderschutz über Datenschutz

## Pornografie | Bundestagsabgeordneter Frei fordert höhere Strafen

**Schwarzwald-Baar-Kreis.** Zu dem am Donnerstag in Limburg/Hessen gefällten Urteil gegen die Haupttäter der sogenannten Elysium-Plattform erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Thorsten Frei: »Das Urteil gegen die Betreiber der Plattform ›Elysium‹ ist ein wichtiges Signal im Kampf gegen Kinderpornographie.« Zwar liege das Urteil noch nicht im Wortlaut vor. Schon jetzt könne man aber erkennen, »dass wir als Gesetzgeber dringend tätig werden müssen, um gerade dann, wenn den Schwächsten unserer Gesellschaft, den Kindern, so er-

schreckendes Unrecht geschieht, besser solche Taten verhindern, aufklären und ahnden zu können. Derzeit erhalten wir Hinweise auf kriminelle Plattformen wie ›Elysium« zumeist aus dem Ausland.«

Der Strafraumen für den Besitz von Kinderpornografie liege, so Frei, unter dem für den Diebstahl. Und wegen der zur Zeit ausgesetzten Vorratsdatenspeicherung konnten 2017 rund 8400 Hinweise auf Kinderpornografie nicht weiter verfolgt werden. »Dieser Befund ist für uns nicht akzeptabel«, so der Bundestagsabgeordnete. Der Datenschutz, fordert Frei, dürfe

nicht über dem Kinderschutz stehen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, hätten er und seine Kollegen von der Familienpolitik im Februar ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch erarbeitet. »So müssen aus unserer Sicht Service Provider verpflichtet werden, Verdachtsfälle auf Kinderpornografie zu melden. Wir müssen zudem so bald wie möglich sicherstellen, dass auch der Versuch der sexuellen Kontaktaufnahme zu Kindern, das ›Cybergrooming‹ unter Strafe gestellt wird«, erklärt Frei.

Dies sehe auch schon der Koalitionsvertrag vor. Es müs-



Handlungsbedarf sieht Thorsten Frei im Kampf gegen Kinderpornografie im Netz.

Foto: Büro

se sicher gestellt werden, dass Verbindungsdaten künftig wieder zur Ermittlung von Pädokrime-nellen genutzt werden könnten. »Wir müssen einen neuen Straftatbestand schaffen, der das Betreiben von Handelsplattformen oder Servern im Darknet, die der Begehung von Straftaten dienen, erfasst. Und nicht zuletzt

müssen wir den Strafraumen für den Besitz von Kinderpornografie erhöhen«, fordert Frei. Für alle diese Maßnahmen werden wir in Kürze das Gespräch mit unserem Koalitionspartner suchen. Er sei zuversichtlich, dass auch das Bundesministerium der Justiz einen genauso dringlichen Handlungsbedarf sehe.